Initiative Frieden und Menschrechte

in der 12. Sitzung des Runden Tisches
am 12. Februar 1990 in Berlin:

Wir unterstützen den beiliegenden
Aufruf des Jüdischen Kulturvereins in der DDR
zur Aufnahme sowjetischer Juden in der DDR
und bitten den Runden Tisch, in diesem Sinne zu entscheiden.

Aufruf zur Aufnahme sowjetischer Juden in der DDR

Seit Wochen hören wir von antijüdischen Pogromdrohungen in verschiedenen sowjetischen Städten. Antisemitische und nationalistische Kräfte haben sich organisiert und bedrohen das Leben von Juden. Diese Entwicklung bedroht nicht nur Menschenleben; sie stellt auch den Erfolg der Perestroika in der Sowjetunion in Frage.
Eingedenk der Tatsache, dass bei der Judenverfolgung und -vernichtung durch den deutschen Faschismus die ganze Welt zugesehen hat, rufen wir auf, die deutsche Schmach der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Ein talmudisches Gesetz sagt: Alle Gesetze müssen gebrochen werden, wenn ein Leben gerettet werden kann.
Deshalb fordern wir, dass die DDR Voraussetzung zur sofortigen Aufnahme von sowjetischen Juden, die es wünschen, unabhängig von bestehenden Rechtsvorschriften, schafft.

[12. Sitzung des Runden Tisches am 12.02.1990:
Der Antrag wurde einstimmig angenommen.
Auf Nachfrage, an wen die Forderung gerichtet sei, ergänzte Wolfgang Templin von der Initiative Frieden und Menschenrechte den Antrag um: „Der Runde Tisch bittet den Ministerrat, in geeigneter Form auf diesen Antrag zu reagieren".
Der Antrag stammte vom Jüdischen Kulturverein e.V.
Hinter diesen Beschluss erlaubte sich sogar später der Vereinigungsvertrag nicht zurück zu fallen.]